

Zurück zur Ordnungspolitik

VON FRIEDERIKE WELTER

Papst Franziskus fordert die Politik in seiner Enzyklika „Fratelli Tutti“ auf, nicht auf das Ziel einer Gesellschaftsorganisation zu verzichten, „die es jeder Person ermöglicht, sich mit ihren Fähigkeiten und Initiativen einzubringen“. Genau auf diesem Prinzip baut auch die Mittelstandspolitik in einer sozialen Marktwirtschaft auf: Der Staat soll nach Ludwig Erhard nicht unmittelbar in die Wirtschaft eingreifen – außer die Wirtschaft bedarf aufgrund einer besonderen Situation der Unterstützung. Eine solche besondere Situation lag zweifellos in den vergangenen Monaten vor: Corona brach ab März 2020 mit voller Wucht über unsere Gesellschaft und Wirtschaft herein. Es bedurfte daher einer Krisenpolitik, die sowohl das Ausmaß der gesellschaftlichen Schäden begrenzte als auch die jeweilige akute Betroffenheit der Selbstständigen und Unternehmen abmilderte. Letzteren gelang es häufig trotz eigener Anstrengungen nicht, alleine wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Angesichts sinkender Inzidenzzahlen und des zunehmenden Impffortschritts sollte die Mittelstandspolitik nun jedoch wieder den ordnungspolitischen Ansatz in den Vordergrund stellen. Schließlich sind zuverlässige Rahmenbedingungen für die Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit von mittelständischen Unternehmen und die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen, wie beispielsweise dem Klimawandel entgegenzuwirken, deutlich hilfreicher als dauerhafte sektorale und betriebsbezogene Unterstützungsleistungen. Dies unterstreichen auch die Führungskräfte von mittelständischen Unternehmen in unseren regelmäßigen Befragungen für das Zukunftspanel Mittelstand.

Mittelstandspolitik mit „Fratelli tutti“

Das im Sommer 2020 aufgelegte Konjunktur- und Zukunftspaket der Bundesregierung ist in Teilen bereits auf eine nachhaltige und auf Erneuerung aufbauende Wirtschaftsentwicklung ausgerichtet und unterstützt grundsätzlich eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Wichtig wäre es jetzt aber auch, die Selbstständigen und Unternehmen verstärkt von bürokratischen Pflichten zu entlasten, damit diese ihre Ressourcen für die strategische Neuorientierung nutzen können. Dagegen sollte die weitere Stützung von ohnehin angeschlagenen Unternehmen hinterfragt werden, deren Zukunftsperspektiven aufgrund des Strukturwandels schon vor der Pandemie schwierig gewesen sind. Anderenfalls läuft die Mittelstandspolitik Gefahr, hohe Summen an Unternehmen zu geben, die langfristig doch aus dem Markt ausscheiden. Zudem wird der Wettbewerb zulasten von zukunftsfähigen Neugründungen mit innovativen Fähigkeiten und Initiativen verzerrt. Wichtig sind aber auch hier Rahmenbedingungen, die Selbstständigen gegebenenfalls einen schnellen Neustart ermöglichen.



Die Autorin ist Präsidentin des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn.

Foto: Privat

Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.